Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Von der Leyen kontra Kushner: Streit über Reihenfolge der Ukraine-Friedensgespräche
2. Rhetorik der Spannung
3. Gefährliche Eskalation zwischen Israel und der Türkei
4. Israel: Anzeichen für neuen Angriff auf Iran mehren sich
5. Gutachter äußern Bedenken zum Einsatz von Kamikazedrohnen
6. „In dieser Koalition macht niemand mehr, was der Kanzler sagt“
7. Haushaltsdebatte: Investitionen in die Zukunft oder Wahnsinn?
8. Streit um EU-Haushalt: Fünf Länder stellen sich gegen neuen Billionenplan
9. Gasspeicher nur noch zu 56,6 Prozent gefüllt: Neue Kälteprognose treibt Gaspreis plötzlich hoch
10. Dobrindts „Jahrhundertwerk“
11. Führt der Sparkurs zur Drei-Klassen-Medizin?
12. „Im Notfall auch ohne Zulassung“
13. Gebären im Wochentakt
14. Transparenzregister: Milliardär Dieter Schwarz scheitert mit Klage um Schutz seiner Daten
15. Historiker: Krupp war das Leid der NS-Zwangsarbeiter gleichgültig

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Von der Leyen kontra Kushner: Streit über Reihenfolge der Ukraine-**

Friedensgespräche
Ursula von der Leyen und Jared Kushner streiten darüber, wann und wie die europäische Sicherheitsordnung in Friedensgesprächen zum Krieg gegen die Ukraine verhandelt wird.
Zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten gibt es einen neuen Konfliktpunkt. Es geht um die Reihenfolge der Friedensverhandlungen zur Beendigung von Russlands Krieg gegen die Ukraine und darum, wann und wie die Frage der europäischen Sicherheitsarchitektur behandelt werden soll. Europäische Führungspersönlichkeiten sehen das Thema als russische Falle und bestehen darauf, dass zuerst ein Waffenstillstand in der Ukraine erreicht werden müsse. US-Sondergesandter Jared Kushner, der die Verhandlungen vermittelt, schrieb jedoch in einem Beitrag in sozialen Medien, die Frage müsse direkt und ohne Zögern angegangen werden.
„Sicherheitsgarantien für die Ukraine können nicht losgelöst von der europäischen Sicherheitsarchitektur nach dem Krieg festgelegt werden. Beides muss gemeinsam betrachtet werden“, schrieb Kushner.
Quelle: euronews

dazu: **"Frieden gegen Russland": Deutschland begräbt die Ukraine-Verhandlungen**
"Wir müssen erkennen, dass Frieden und Stabilität in Europa nur gegen Russland, nicht mit Russland erreicht werden können. Das ist unsere nüchterne Einschätzung", erklärte Bundesaußenminister Johann Wadephul. Und diese Worte machen die Möglichkeit einer Beteiligung der Europäer an der Beilegung des Ukraine-Konflikts anscheinend endgültig zunichte.
Erst vor wenigen Tagen erklärte Russlands Präsident Wladimir Putin, Moskau sei bereit, eine Delegation mit entsprechendem Mandat zu empfangen, um eine mögliche Beteiligung der Europäer an multilateralen Verhandlungen zu erörtern. Mehr noch: Selbst über das Format eines solchen Treffens wurde bereits gesprochen. Als mögliche Mitglieder der europäischen Delegation wurden die nationalen Sicherheitsberater der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands genannt.
Putin stellte lediglich eine Bedingung: Europa müsse sich entscheiden, was es tatsächlich wolle – Frieden oder Krieg. Aus Wadephuls Worten lässt sich folgender logischer Schluss ziehen: Die Entscheidung ist dort bereits gefallen. Und zwar nicht zugunsten des Friedens.
Quelle: RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Bitte lesen Sie dazu auch den Beitrag [Wadephul: Frieden in Europa nicht „mit“, sondern nur „gegen“ Russland – das ist die Weichenstellung für Krieg](#).*

dazu auch: **Merz und Rutte bekräftigen Sicherheitsgarantien für die Ukraine**
Der Bundeskanzler und der Nato-Generalsekretär fordern Sicherheitsgarantien für die Ukraine. Diese würden einem Bündnisbeitritt sehr nahekommen, gelobt Merz. Er äußerte sich auch zu den in Polen abgestürzten Marschflugkörpern.
Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hat sich bei einem Treffen mit Nato-Generalsekretär Mark Rutte für Sicherheitsgarantien für die Ukraine ausgesprochen. Diese würden »Artikel-5-ähnliche Sicherheitsgarantien« sein und kämen »einem Nato-Beitritt sehr nahe«, erklärte Merz in Berlin.
Artikel 5 des Nato-Vertrags besagt, dass ein bewaffneter Angriff auf ein Mitgliedsland als Angriff auf alle Bündnispartner gilt und diese dem angegriffenen Staat Beistand leisten.
Quelle: DER SPIEGEL

und: **Rutte: NATO wird nicht zu den Grenzen von 1997 zurückkehren**
NATO-Generalsekretär Mark Rutte hat eine Rückkehr des Bündnisses zu den Grenzen von 1997 ausgeschlossen. Dies erklärte er am Montag bei der Parlamentarischen Versammlung der NATO in Berlin. Zugleich äußerte er sich zur Frage einer ukrainischen NATO-Mitgliedschaft und kündigte einen weiteren Ausbau der Munitionsproduktion an.
"Was nicht passieren darf, ist, dass wir gezwungen werden, die NATO auf die Grenzen von 1997 zurückzufahren oder dass andere über unsere Aufstellung entscheiden – andere als die Bündnispartner selbst."
Rutte betonte, dass allein die 32 NATO-Mitgliedstaaten über die Aufnahme neuer Mitglieder entscheiden könnten. Zugleich verwies er auf die langjährige Position des Bündnisses, dass die Ukraine der NATO beitreten solle. Die Frage einer ukrainischen Mitgliedschaft könne auch bei künftigen Verhandlungen mit Russland wieder aufkommen.
Quelle: RT DE

2. **Rhetorik der Spannung**
   Russland hat Estland »feindselige Handlungen an der Grenze zum offenen Krieg« vorgeworfen. Das Außenministerium in Moskau bestellte den estnischen Geschäftsträger am Montag zum Empfang einer entsprechenden Protestnote ein. Die russische Seite bezog ihre Vorwürfe auf die mutmaßliche Nutzung

estnischen Luftraums für ukrainische Drohnenflüge in Richtung von St. Petersburg. Hinzu kamen seit längerem bekannte Vorwürfe wegen der Behandlung der russischen Minderheit in Estland sowie der Diskriminierung der russischen Sprache im öffentlichen Raum und der Russisch-Orthodoxen Kirche im geistlichen Leben des Landes.
Die estnische Regierung wies die Vorwürfe zurück. Man stelle weder das Territorium noch den Luftraum des Landes für Aktionen Dritter zur Verfügung, erklärte ein Regierungssprecher in Tallinn. Gleichzeitig hat Estland tatsächlich die Bedingungen für die russische Minderheit im Lande verschärftt. Zuletzt wurde angekündigt, dass ab dem 1. Dezember für zunächst sechs Monate sämtliche Grenzübergänge zwischen beiden Ländern gesperrt würden. Die offizielle Begründung dafür lautet, dass russische Saboteure angeblich versucht hätten, eine estnische Drohnenfabrik in Grenznähe in Brand zu setzen.
Quelle: junge Welt

dazu: **Der Krieg eskaliert: Es bleibt nicht mehr viel Zeit**
Russische Schiffe werden selbst im Mittelmeer angegriffen, ukrainische Städte gehen einem bitteren Winter unter russischem Beschuss entgegen. Es braucht eine stille Diplomatie, bevor die Eskalation jede Chance auf einen Kompromissfrieden zunichtemacht. Ein Kommentar.
Quelle: World News Monitor

dazu auch: **Boris Pistorius warnt vor Ausweitung des Ukrainekriegs auf die Ostsee**
Der Verteidigungsminister zeigt sich besorgt über die Angriffe auf ein russisches Schiff vor der Küste Finnlands. Auch die Ukraine habe eine Verantwortung.
Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) hat nach einem mutmaßlich ukrainischen Drohnenangriff auf das russische Frachtschiff Sparta II vor einer Ausweitung des Krieges auf die Ostsee gewarnt. Nach einem Treffen mit seinem ukrainischen Amtskollegen Jewhenij Chmara in Berlin sagte Pistorius, dass die Ukraine selbstverständlich das Recht habe, militärisch genutzte Ziele in Russland anzugreifen, die dazu dienten, die russischen Angriffe auf die Ukraine abzuschwächen. Gleichzeitig stehe aber die Ukraine in einer besonderen Verantwortung, sagte Pistorius. »Der Krieg darf sich nicht auf die Ostsee ausweiten.«
Quelle: Zeit Online

und: **False-Flag-Fieber: Wer will ein "Ereignis mit hoher Opferzahl", um Krieg mit Russland zu starten?**
Es ist traurig, aber eine Tatsache: Krieg ist schrecklich, kommt aber immer wieder vor. In einer solchen Welt – also in unserer Welt, so wie sie tatsächlich ist – erkennt man im Grunde vernünftige Menschen daran, dass sie versuchen, Kriege zu vermeiden oder – falls sie bereits ausgebrochen sind – so schnell wie möglich zu beenden.
Und man erkennt die gefährlich Wahnsinnigen daran, dass sie stattdessen "mehr" fordern – völlig ungeachtet der Zerstörung und der Toten, die bereits verursacht wurden.
Ein Beispiel hierfür ist Anne Applebaum, eine zwanghaft hemmungslose Propagandistin des "Wertesystems des Westens". Applebaum ist vor allem für ihre umfangreiche Produktion von Texten im Stil eines neuen Kalten Krieges bekannt – mal als Geschichtsschreibung getarnt, mal als Journalismus. Zu ihren "Glanzleistungen" zählen die Verherrlichung des "Nationalismus" in der Ukraine – einem Land, in dem dieser Nationalismus oft mit Sonnenrädern und anderen "sympathischen" Symbolen der Nazi-Vergangenheit einhergeht – sowie die Verbreitung israelischer Propagandanarrative bei gleichzeitigem Verschweigen israelischer Verbrechen, während Israel einen Völkermord begeht.
Quelle: Tarik Cyril Amar auf RT DE

3. **Gefährliche Eskalation zwischen Israel und der Türkei**
   Die Rivalität zwischen Israel und der Türkei spitzt sich weiter zu – und damit das Risiko eines unbeabsichtigten Militärunfalls in der Region.
   Ein Krieg zwischen Israel und der Türkei – ist das überhaupt denkbar? Für fast jeden zweiten Türken offenbar schon: In einer landesweiten Umfrage des renommierten türkischen Meinungsforschungsinstituts MetroPoll nannten Mitte September 45,6 Prozent der Befragten, die Türkei könnte in den nächsten zwölf Monaten mit Israel in einen Krieg verwickelt werden. Die auf Konflikte im Nahen Osten spezialisierte, preisgekrönte libanesische Forscherin Kim Ghattas hält einen türkisch-israelischen Krieg gar für „beinahe unvermeidlich".
   Wie konnte es so weit kommen?
   Quelle: Globalbridge
4. **Israel: Anzeichen für neuen Angriff auf Iran mehren sich**
   Israel und die USA bereiten nach Angaben des israelischen Verteidigungsministers gemeinsame Angriffe auf den Iran vor. In Washington wird über die gezielte Tötung iranischer Führungspersönlichkeiten beraten.
   Israel und die USA bereiten sich nach Angaben des geschäftsführenden

israelischen Verteidigungsministers Israel Katz auf eine Wiederaufnahme der militärischen Offensive gegen den Iran vor. Katz erklärte am Dienstag vor Journalisten in Tel Aviv, die israelische Armee und das amerikanische Militärkommando Centcom bereiteten gemeinsame Angriffe vor. „Die Pläne sind fertig. Trump wird entscheiden“, zitiert ihn die Times of Israel. Israel bevorzuge einen gemeinsamen Angriff mit den Amerikanern. US-Präsident Donald Trump hatte zu Wochenbeginn seine Bereitschaft signalisiert, eine erneute Offensive zu beginnen, sollte bis zum Jahreswechsel keine Einigung mit Teheran zustande kommen.
Quelle: World News Monitor

5. **Gutachter äußern Bedenken zum Einsatz von Kamikazedrohnen**
Ein Bundestagsgutachten stellt laut einem Bericht Kamikazedrohnen bei der Bundeswehr völkerrechtlich infrage. Menschliche Kontrolle sei im Einsatz nicht immer gegeben.
Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags sehen einem Medienbericht zufolge erhebliche völkerrechtliche Fragen beim Einsatz von Kamikazedrohnen durch die Bundeswehr. Autonome Waffensysteme, die ohne kontinuierliche Datenverbindung betrieben werden oder bei denen die Kommunikation aus technischen Gründen abbricht, seien eine »besondere Herausforderung«, heißt es in einem noch unveröffentlichten Gutachten, das der Süddeutschen Zeitung (SZ) vorliegt. Das bloße Auslösen des Einsatzes und die Zieldefinition stellen demnach keine ausreichende menschliche Kontrolle dar.
Quelle: Zeit Online
6. **„In dieser Koalition macht niemand mehr, was der Kanzler sagt“**
CSU-Chef Söder fordert eine Sofortmaßnahme zur Entlastung der Arbeitnehmer. Die SPD zeigt sich skeptisch, die Linke sieht ein Manöver für „Bessersituierte“. Und die Grünen wittern einen Angriff auf den Kanzler.
Quelle: Welt Online

dazu auch: **SPD-Politiker wirft Merz „Missachtung des Parlaments“ vor – AfD kritisiert „furchtbares Schauspiel“**
SPD-Haushälter Thorsten Rudolph verteidigt den Etat für 2027, bei der Stromsteuer-Entscheidung spricht er aber von einer „Missachtung des Parlaments“. Die AfD wirft der Koalition Schulden ohne Reformen vor.
Die SPD hat Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) eine riskante Gegenfinanzierung der geplanten Stromsteuersenkung vorgeworfen. „Herr Bundeskanzler, das ist eine hochriskante Wette darauf, dass die Strompreise hoch bleiben und wenig EEG-Vergütung aus dem Haushalt gezahlt werden

muss“, sagte SPD-Haushaltsexperte Thorsten Rudolph am Dienstag zum Auftakt der Haushaltswoche im Bundestag. Dabei trage der Haushalt das Verlustrisiko.
Rudolph unterstützte die Steuersenkung ausdrücklich, forderte für eine dauerhafte Finanzierung aber den Abbau klimaschädlicher Subventionen. Er kritisierte das Verfahren: „Unmittelbar nach der Bereinigungssitzung den Haushalt wieder aufzuschnüren, das ist schon eine Missachtung des Parlaments.“ Dies müsse ein einmaliger Vorgang bleiben.
Quelle: Welt Online

und: **Tiefer sinken ging nicht mehr: Friedrich Merz meldet erstes Wachstum**
Kanzler Friedrich Merz ist so etwas wie das Burundi der deutschen Politik. In der jüngsten Beliebtheitsumfrage, die das Meinungsforschungsinstitut Insa wöchentlich für die Bild-Zeitung erhebt, legt der Kanzler auf einer Skala von null bis zehn um 0,01 Punkte auf 2,41 zu. Der Abwärtstrend ist gestoppt. Schlechter als 2,40 ging es wohl nicht mehr. Der Kanzler ist mit Abstand Zwanzigster und damit Letzter. Auf Platz 19 liegt bereits weit vor ihm mit 3,32 Punkten Tino Chrupalla von der AfD. Bleibt für Merz nun auch nur der Weg nach oben? Wie für Burundi?
Quelle: Berliner Zeitung (Bezahlschranke)

7. **Haushaltsdebatte: Investitionen in die Zukunft oder Wahnsinn?**
Rund 560 Milliarden Euro will der Bund im nächsten Jahr aus dem Kernhaushalt ausgeben. Ein Rekord. Jeder dritte Euro davon wird über Kredite finanziert, also über Schulden. 123 Milliarden Euro sollen an Krediten aufgenommen werden. Auch das ein Rekord. Hinzu kommen noch rund 87 Milliarden Euro Kreditaufnahme für die Sondervermögen für Infrastruktur und Verteidigung. Der Haushalt lebe von Schulden, erklärte der AfD-Abgeordnete Michael Espendiller. Von einer "windschiefen Bretterbude" sprach Sebastian Schäfer, Finanzexperte der Grünen, und von "verantwortungslosem Wahnsinn" Dietmar Bartsch von der Linken. Auffällig: Die Haushaltspolitiker von Union und SPD, die in der Debatte sprachen, nahmen die Oppositionskritik an der Kreditaufnahme überwiegend hin und teilen sie offenbar teilweise auch. CDU-Finanzpolitiker Mathias Middelberg sprach von Kritik, die man "nicht zu Unrecht an diesem Haushalt üben kann".
Quelle: BR24

dazu auch: **Deutschland am Scheideweg**

Ohne eine Rückkehr der Vernunft wird unser Land nicht länger funktionsfähig sein und seine Rüstungspolitik teuer bezahlen.
Es sieht nicht gut aus. So könnte man die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation beschreiben, in der Deutschland sich befindet. Die Wirtschaft schrumpft, Kinder können nicht mehr richtig lesen und schreiben, und der Staat steckt so viel Geld in Aufrüstung, dass für kaum mehr einen anderen Bereich genug übrig ist. Das alles wirkt düster, doch die Geschichte hat gezeigt, dass manchmal unerwartete Dinge passieren, die alles in eine andere Richtung lenken. Was es in jedem Fall bräuchte, ist ein Durchbruch der Vernunft.
Quelle: Manova

8. **Streit um EU-Haushalt: Fünf Länder stellen sich gegen neuen Billionenplan**
   Kurz vor einem EU-Sondergipfel formiert sich Widerstand gegen die Finanzpläne der Gemeinschaft. Auch beim CO_2-Preis für Heizen und Tanken fordern mehrere Länder Änderungen.
   Quelle: Berliner Zeitung
9. **Gasspeicher nur noch zu 56,6 Prozent gefüllt: Neue Kälteprognose treibt Gaspreis plötzlich hoch**
   Europas Gaspreis steigt zeitweise um 8,6 Prozent. Die Kälte könnte bis Anfang Dezember anhalten. Deutschlands Reserven liegen weit unter dem Vorjahr.
   Die Wetterprognose für Nordwesteuropa hat sich am Wochenende deutlich gedreht. Zuvor deuteten die Modelle auf wenige Tage Kälte und anschließend überdurchschnittlich milde Temperaturen hin. Die neuen Läufe des europäischen ECMWF-Modells erwarten nun keine rasche Erwärmung mehr – Anfang Dezember könnte es sogar noch kälter werden.
   Das zeigen Auswertungen des Wetterdienstes Atmospheric G2, über die Bloomberg berichtet. Der Gasmarkt hat am Montag sofort reagiert: Der europäische Gaspreis im Großhandel ist zeitweise um 8,6 Prozent auf 96,08 Euro je Megawattstunde gesprungen.
   Deutschland trifft der Kälteeinbruch mit besonders niedrigen Reserven.
   Quelle: Berliner Zeitung

   dazu: **Nord Stream 2 öffnen? Deutschland würde laut Studie jährlich 9,5 Milliarden Euro beim Gas sparen**
   Laut Studie zahlte Deutschland seit 2022 134 Milliarden Euro mehr für Gas. Ein intakter Nord-Stream-2-Strang könnte Europas Gaspreis um 16 Prozent

senken. […]
Besonders brisant ist deshalb die zweite Rechnung der Kammer. Sie untersucht, was passieren könnte, wenn der noch intakte Strang B von Nord Stream 2 wieder Gas liefern würde.
Die Leitung verfügt über eine jährliche Kapazität von 27,5 Milliarden Kubikmetern. Nach dem Rechenmodell der Kammer würde dieses zusätzliche Angebot den europäischen Gaspreis um rund 16 Prozent drücken. Ausgehend von einem für 2027 angesetzten Terminpreis von 71 Euro je Megawattstunde würde dieser auf etwa 60 Euro sinken.
Auch private Haushalte könnten profitieren. Für einen Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 20.000 Kilowattstunden errechnet die Studie eine mögliche Entlastung von rund 220 Euro jährlich – vorausgesetzt, die Versorger können die niedrigeren Einkaufspreise vollständig weitergeben.
Quelle: Berliner Zeitung

dazu auch: **Kurz vor Russland-LNG-Verbot: EU verschiebt nach US-Druck Klimaregeln für Gasimporte**
Nach massivem Druck aus den USA verschiebt die EU Methanvorgaben für Gasimporte bis 2029. Der Gaspreis ist seit Februar um fast 200 Prozent gestiegen.
Die EU-Verhandler haben sich darauf verständigt, neue Klimaregeln für den Import von Erdgas und anderen fossilen Energieträgern um zwei Jahre zu verschieben, berichtet Bloomberg. Der Einigung sei massiver Lobbydruck aus mehreren Lieferländern vorausgegangen, darunter den USA.
Quelle: Berliner Zeitung

und: **Heizkosten steigen um 32 Euro im Monat: Gasag erhöht den Gaspreis – Verbraucherzentrale rät Berlinern zum Tarifcheck**
Die Verbraucherzentrale Brandenburg hat Gaskunden in Berlin und Brandenburg zum Tarifcheck geraten. Große Versorger der Region wollen ihre Preise zum Januar anheben, sagt Energieexperte Joshua Jahn im Interview mit dem Inforadio des RBB. Sein Rat: Vertrag, Kündigungsfristen und Wechseloptionen genau ansehen.
Wie stark die Heizkosten steigen können, zeigt die Gasag. Laut ihrer Pressemitteilung vom 17. November kostet jede Kilowattstunde in der Berliner Gas-Grundversorgung ab 1. Januar 2027 brutto 2,98 Cent mehr. Der Grundpreis klettert um 2,38 Euro im Monat. Bei 12.000 kWh Jahresverbrauch kommt ein Haushalt laut Gasag auf rund 32 Euro Zusatzkosten im Monat.

Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkung unseres Lesers H.M.: *Das kann "heiter" werden, die Gasspeicher sind nur gut zur Hälfte gefüllt, Gas ist auf dem Weltmarkt teuer. Putzig sind die Ratschläge der Verbraucherschützer. Ein Tarifcheck kann sinnvoll sein, hat aber nur begrenzte Wirkung. Unter dem knappen und teuren Gas leiden alle Anbieter. Die Verbraucherschützer sollten sich hier mal politisch aus der Deckung wagen, Ross und Reiter benennen.*

10. **Dobrindts „Jahrhundertwerk“**
    Unter dem Deckmantel der Sicherheit wird die Freiheit der Bürger immer weiter eingeschränkt, nun auch mit einem echten Geheimdienst. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt ist offenbar mächtig stolz auf sein neuestes politisches Projekt. Die Reform der deutschen Nachrichtendienste bezeichnet er allen Ernstes als „Jahrhundertwerk“. Ein großes Wort für ein Gesetz, das den deutschen Geheimdiensten erheblich mehr Befugnisse einräumt und tiefgreifende Fragen nach den Grenzen staatlicher Macht aufwirft. Ein Jahrhundertwerk, Herr Dobrindt? Für wen eigentlich? Für die Bürger, deren Grundrechte der Staat schützen soll? Oder für einen Sicherheitsapparat, der künftig noch mehr über die Menschen erfahren und unter bestimmten Voraussetzungen sogar verdeckt in ihre Lebensbereiche eingreifen darf?
    Quelle: Manova
11. **Führt der Sparkurs zur Drei-Klassen-Medizin?**
    Der Bund kürzt den Gesundheitsetat um sechs Milliarden Euro. Doch wer gesetzlich versichert ist, wartet schon jetzt länger auf Facharzttermine. Was dahintersteckt, was erlaubt ist und was sich bald ändern könnte.
    Es ist ein Aufreger für viele Kassenpatienten: monatlich oft Hunderte Euro GKV-Beiträge zahlen – und für schnelle Termine womöglich noch einmal 100 oder gar 200 Euro oben drauf. Gesundheitsminister Carsten Linnemann (CDU) will in den kommenden Wochen ein Konzept vorlegen, wie eine "Termingarantie" für Kassenpatienten aussehen kann. Dabei hat sein Ministerium für all diese Maßnahmen immer weniger Geld zur Verfügung.
    Quelle: tagesschau

Anmerkung unseres Lesers H.M.: *Bin gespannt, auf welche Schnapsideen die Regierung kommt. Für allen Blödsinn stehen unzählige Milliarden zur Verfügung, das Geld wird und wurde durch politische Entscheidungen und Dilettantismus/Lobbyismus (an der Spitze durch von der Leyen und Spahn) mit*

beiden Händen sinnlos aus dem Fenster geworfen (die Liste ist lang). Aber die wirtschaftlich Schwächsten sollen jetzt unter dem politisch verzapften Humbug leiden oder finanziell bluten. Die medizinische Versorgung eines jeden Menschen ist ein Grundbedürfnis, genauso wie ein bezahlbares Dach über dem Kopf.

12. **„Im Notfall auch ohne Zulassung“**
Das Paul-Ehrlich-Institut hat interne Protokolle und Unterlagen veröffentlicht, die zeigen, dass es dort ernste Zweifel an einer übereilten Zulassung der Corona-mRNA-Präparate gab. Nach außen hin aber schwieg man. Die Entscheidungen waren anderswo gefallen.
Quelle: Multipolar

dazu auch: **Nach Ablehnung von Ermittlungen gegen BioNTech-Chefs: Beschwerde gegen Staatsanwaltschaft Mainz**
Der Rechtsanwalt Tobias Ulbrich hat am 13. November Beschwerde bei der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz eingelegt, nachdem die Staatsanwaltschaft Mainz die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Führungspersonen des Pharmaunternehmens BioNTech und weitere „Beschuldigtengruppen“ abgelehnt hat. Vorausgegangen war eine Strafanzeige im Namen von drei Impfgeschädigten im August diesen Jahres. Das in Mainz beheimatete Unternehmen stellt den Covid-19-Impfstoff Comirnaty her. Der Anzeige zufolge hätten drei bestimmte Chargen des mRNA-Präparats zum Teil schwere körperliche und neurologische Beeinträchtigungen nach sich gezogen. Ziel der nun eingelegten Beschwerde ist es, die Mainzer Staatsanwaltschaft anzuweisen, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Das Beschwerdeschreiben liegt Multipolar vor.
Quelle: Multipolar

und: **Trägt der Bund bald 150 Millionen Euro Anwaltskosten für Corona-Impfstoffhersteller?**
Die Bundesregierung hat von 2021 bis einschließlich Juni dieses Jahres insgesamt 29,4 Millionen Euro für die anwaltliche Vertretung von Herstellern von Corona-Impfstoffen in Haftungsfällen gezahlt. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Bundestag hervor. Diese weist im selben Zeitraum zudem Ausgaben in Höhe von 6,7 Millionen Euro für die eigene anwaltliche Beratung des Bundes aus.
Quelle: NOZ

13. **Gebären im Wochentakt**
    Landwirte geben Schweinen ein Hormon aus Stutenblut, um Geburtstermine gleichzuschalten. Das Hormon bedeutet Qualen für Pferde und für Schweine. In dem Moment, wo der Bügel hinter ihnen zuklappt, realisieren die Mutterschweine, dass sie nicht mehr zu ihren Ferkeln zurückkönnen. Vor vier Wochen haben sie sie in einem engen Käfig zur Welt gebracht. Kaum von ihnen getrennt, kriegen sie ein Hormon in den Nacken gespritzt, das den nächsten Fruchtbarkeitszyklus beschleunigen soll. So beschreibt es die Tierschutzaktivistin Samara Eckardt. Sie hat drei Jahre in einer Ferkelzucht gearbeitet und kennt die Vorgänge aus erster Hand.
    Quelle: taz
14. **Transparenzregister: Milliardär Dieter Schwarz scheitert mit Klage um Schutz seiner Daten**
    Eine Klage von Milliardär Dieter Schwarz ist vom Oberverwaltungsgericht in Münster abgewiesen worden. Er wollte, dass seine Daten in einem Register nicht mehr einsehbar sind.
    Der Heilbronner Dieter Schwarz ist am Montag vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster (Nordrhein-Westfalen) mit einer Klage gescheitert. Der Milliardär hatte aus Sorge vor Erpressung und Entführung gefordert, dass seine Daten nicht mehr im sogenannten Transparenzregister einsehbar sind. Das Gericht hat damit das Urteil des Verwaltungsgerichts Köln bestätigt. Der einst lange Zeit reichste Deutsche könnte noch vor das Bundesverwaltungsgericht ziehen.
    Quelle: SWR
15. **Historiker: Krupp war das Leid der NS-Zwangsarbeiter gleichgültig**
    Mehr als 100.000 Zwangsarbeiter schufteten während des Zweiten Weltkrieges bei Krupp. Eine neue Studie zeigt, wie skrupellos sich der damalige Firmenchef Alfried Krupp dem NS-Regime anpasste. Selbst nach 1945 half der Großindustrielle verurteilten NS-Tätern.
    Kann man über den Rüstungsunternehmer und verurteilten Kriegsverbrecher Alfried Krupp (1907-1967) fast 60 Jahre nach seinem Tod noch etwas Neues herausfinden? Ja, fand vor fünf Jahren die Institution, der er sein gesamtes Vermögen hinterließ und die seinen Namen trägt: Die Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, genannt Krupp-Stiftung.
    "Er hat ohne Zweifel Schuld auf sich geladen, über die keineswegs schon alles gesagt und geschrieben ist und mit der unsere Stiftung sich weiter zu befassen hat", hatte die Vorsitzende des Stiftungskuratoriums, Ursula Gather, 2021 festgestellt. In der Nachkriegszeit sei dies "eindeutig unzulänglich" geschehen.

Quelle: n-tv